

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Verlag: Adress: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dabrig, Wachwitz, Niederpoyritz, Hofkerwitz, Piktitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pöhlitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag mit Verlagsanstalt Hermann Weiser & Co.

erschint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.—, ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—;
in Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8.40, monatlich 2.80.

Blasewitz
Donnerstag, 18. März 1920.

Anzeigen-Preis: Die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum
1.— Mark, im Erstteil die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen und
Schwierigen Satz 50% Zuschlag.
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis zum 11. Mär.

Sächsische Volkshammer.

162. Sitzung am 16. März 1920.

Präsident Frickhoff gedachte nach Eröffnung der
Sitzung von Dresden und Leipzig und erklärte, daß man in die
Tagesordnung heute nicht eintreten wolle, und daß die nächste
Sitzung erst am Dienstag, den 23. März, stattfinden, wenn
nicht vorher ein dringende Zusammenberufung der Kammer
notwendig sei. Der Ausschuss für die Meinung, daß
es besser sei, wenn die Abgeordneten zur Beurlaubung der
Vollziehung in ihren Wahlkreisen beitragen würden. Darauf
erhielt er eine von den Demokraten, Mehrheitssozialisten und
unabhängigen gemäßigten beschlossene Erklärung zu nach-
stehendem Inhalt: Die Volkshammer des Freistaates Sachsen
steht in dem Berliner Putsch ein schweres Verbrechen am
Volke, das sie aufs schwerste verurteilt. Der Putsch mit
ihren Folgen bringt dem deutschen Volke von neuem un-
endlichen materiellen und moralischen Schaden. Der begin-
nende Aufstieg unseres Wirtschaftlebens, der unerkennbar
war, ist durch diesen brutalen Akt aufs schwerste gefährdet.
Die sächsische Volkshammer lehnt Bestrebungen zu der Putsch-
regierung ab und fordert das sächsische Volk ohne Unterschied
der Parteien auf, jenem hochverrätherischen Treiben entgegenzu-
treten. Sie fordert das sächsische Volk auf, die sächsische
Regierung für sich zu erklären, daß die Reichsregierung in
keinerlei Verhandlungen mit den Berliner Hochverrätern
eintritt.

Hr. Hoffmann (Deutschn. Vp.) gibt, von den Un-
abhängigen oft unterbrochen, die Erklärung ab, daß seine
Partei von den Berliner Vorgängen vollständig abtrahst
worden sei. Die verfehlte Politik der bisherigen Reichs-
regierung sei allein schuld daran. Wirtschaftliche, politische
und kulturelle Fragen haben die Stellung der bisherigen Re-
gierung unmöglich gemacht. Er fordert, nachdem er längere
Zeit durch Zwischenrufe unterbrochen war, die Regierung auf,
die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Koalitionsregie-
rung zu unterbrechen und tritt für Erziehung von Sachminis-
tern, sofortige Ausschreibung von Neuwahlen und die Ver-
sicherung verfassungsmäßiger Zustände ein. — Zum Schluss
seiner Ausführungen erwidern von der Linken Zwischenrufe
des Hochverräters, Deubler usw.

Hr. Dr. Kaiser (Dsch. Vp.): Die Deutsche Volks-
ammer verurteilt die Tat der Berliner Völlerei und Heerts-
anschuldigen, die unter Verfassungsbrech eine neue Regierung
organisiert haben. Sie bedauere die Vorgänge
um so tiefer, als sie unabwendbare politische und wirtschaftliche
Folgen für das deutsche Volk haben. Unverkennbar hätten
sie jetzt Anlässe zur Besserung des Wirtschaftslebens gesetzt.
Die hoffnungsvollen Kräfte für ein wirtschaftliches Empor-
blühen seien aber durch die Berliner Revolution zunächst er-
löcht, was insbesondere auch für Sachsen von schwerwiegenden
Folgen sein müsse. Seine Fraktion stelle sich streng auf den
Boden der Verfassung, verlange aber auch von allen Volks-
männern deren gewissenhafte Beobachtung. Nachdem es nicht ge-
lungen sei, eine einseitige Erklärung der Kammer herbeizu-
führen, müsse er noch fordern, daß die berechtigten Interessen
der Minderheit geschützt würden. Daran habe es die Volks-
ammer wiederholt fehlen lassen. Insbesondere solle die Re-
gierung und Volkshammermehrheit mehr als bisher die For-
derungen der Minderheit in der Schulgesetzgebung achten, weiter
müsse jeder unnütze Einriff in das Wirtschaftsleben unter-
bleiben, und drittens dürfe für die Auswahl der Beamten
nicht die Angehörigkeit zu einer politischen Partei, sondern
die Tüchtigkeit und Eignung ausschlaggebend sein. Die
Deutsche Volkspartei wolle an dem Boden der Verfassung
und häufig an der Erfüllung kultureller und wirtschaftlicher
Aufgaben in der Volkshammer mitarbeiten. (Bravo!)

Kammermehr nimmt Ministerpräsident Dr. Gradnauer
das Wort zu einer längeren Erklärung: Nach schweren Kämpfen
schlief eine neue Krise unter Land. Einige Gruppen von
Reaktionären hätten die Räder der Revolution erlöcht, die Reichs-
versammlung unter die Fäuste getreten und hätten sich an, die
Nationalversammlung außer Kraft zu setzen. Die Vorwände
zu neuen Putsch-Regierungen als Ursache ihrer Aktion könne
er in keiner Weise als berechtigt anerkennen. (Sehr richtig!)
Wann der Abgeordnete Hoffmann erklärt habe, die neuen Ver-
träge in Berlin müßten sich gegen ein verfassungswidriges
Behalten der Nationalversammlung, so ergebe sich u. a. die
Wahrheit und Unwahrheit einer solchen Behauptung schon
daraus, daß die Herren nicht nur die deutsche Nationalver-
sammlung, sondern auch die preussische Landesversammlung
einlöcht hätten und daß Herr v. Lüttichow die Auflösung
der sächsischen Volkshammer befohlen habe. Diese Parolen
hätten unmissverständlich auf dem Boden des Rechts. Wenn der
Abgeordnete Hoffmann weiter von einer Unfähigkeit der
Reichsregierung, die Verrichtung in Deutschland anzubahnen
und den Wiederaufbau richtig zu betreiben, gesprochen habe,
so könne man ja über manche Probleme derzeit verschiedener
Meinung sein, die Herren von der Deutschnationalen Volks-
partei, die ungeheure Schuld auf sich geladen hätten, seien aber
in allerlei zur Durchführung in der Lage. (Erbitterte Unter-
brechungen. Auf von der Linken zu den Deutschnationalen:
Tempo usw. Der Präsident ruft den Abg. Eckert zur Ordnung.)
Der Redner wendet sich dann gegen die Herren v. Lüttichow
Kapp, der sich während der Kriegsjahre gegen den Reichs-
kanzler v. Bethmann Hollweg wegen dessen Verhandlungsa-
nsätzen gewandt habe und der ein maßloser Annektions-
minister sei, auf den das Wort Verrat der öffentlichen Meinung
zuträfe. Weiter habe sich um ihn eine Anzahl höherer Offi-
ziere geschart, die während des Krieges auf militärischem Ge-
biet über ihr Verfehlen hätten wie alle anderen Volks-
angehörigen, die sich aber in die Politik und in Fragen ein-
mischten hätten, deren Tragweite sie erkennen lie nicht im-
stande seien. Die Auflösung der Brigade Döberitz, die sich der

Rücktritt der Regierung Kapp.

Deffau, 17. März. Der braunschweigische und anhaltische
Gesandte in Berlin von Boden telegraphierte, daß die Re-
gierung Kapp zurückgetreten sei.

Frankfurt a. M., 17. März. Die „Frankf. Ztg.“ mel-
det aus Berlin: Auf Grund der im Reichstagsgebäude ge-
führten Verhandlungen haben Kapp und von Lüttichow,
dieser nach längerem Schwanken, sich zum bedingungs-
losen Rücktritt bereit erklärt. Die Regierung ist
dem Vizekanzler Schiffer übergeben worden. General von
Hülßen hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der
Truppen übernommen. Vorher waren die unabhängigen Ab-
geordneten Gohs und Täumig in der Reichstagskammer erschienen,
und hatten namens der in den Arbeiterjournalen ausgerufenen
Republik ein Ultimatum überreicht, daß die bewaffneten
Arbeiter, wenn bis 9 Uhr abends die Truppen nicht zurück-
gezogen seien, zum Angriff schreiten würden. Unter dem
Eindrucke dieser Nachrichten haben Kapp und v. Lüttichow Be-
dingungen für ihren Rücktritt gestellt in erster Linie Amnestie.
Die Verhandlungen dauern noch an. Die Arbeiter in Weissen-
see, Reinickendorf und Spandau haben sich bewaffnet. Es sind
blutige Ereignisse zu erwarten. Weiter meldet die „Frankf.
Ztg.“ von 10.45 Uhr abends aus Berlin: Die Vorwände im
Namen des Dienstagnachmittags haben sich folgendermaßen ab-
gespielt: Um 4 Uhr sind die Unterstaatssekretäre mit den Mit-
gliedern des Reichsrates im Reichstagsgebäude zusamen-
getreten. Von der neuen Regierung waren erschienen die
Generale von Lüttichow, von Klemm, früher Generalkommandant
des Generalobersten von Einem, und General von Hülßen.
Die Unterstaatssekretäre stellten den Generalen nochmals den
Erfolg der Lage vor Augen und machten auf die bevorstehende
Katastrophe aufmerksam. General v. Lüttichow lehnte zunächst
jedes Entgegenkommen ab, während von Kapp bekanntgegeben
wurde, daß er seine Stellung bereits als verloren betrachtet
und die Generale von Klemm und Hülßen, die beide Gegner
des Annahmes der Volkstruppen gewesen waren, und sich
am Sonnabend bereit erklärt hatten, mit Waffengewalt gegen
die Volkstruppen vorzugehen, zur Verständigung bereit
waren. Um 6 Uhr erschienen die Generale von Klemm und
Hülßen wieder im Reichstagsgebäude und teilten mit, daß General
von Lüttichow zurückgetreten sei. Die Truppen stehen unter
dem Befehl des Generals v. Hülßen, der nicht mit dem Ge-
neral v. Hülßen in Hannover zu verwechseln ist, der sich für
die Regierung Kapp erklärt hat. Der Berliner General von
Hülßen hat versichert, daß er die Regierung Bauer verteidigen
werde. Die nächste Entwicklung läßt sich noch nicht übersehen
da von den militärischen Stellen erklärt wurde, eine sofortige
Zurückziehung der Truppen aus den Arbeitervierteln werde
schwer bewerkstelligen lassen.

Bewegung angeschlossen habe, habe unter dem Zwang der
Nötebedingungen erfolgen müssen, überdies sollte ein Teil
der Leute in die Marine und in die Reichswehr aufgenommen
werden. Aus materiellen Gründen und allerlei Vorwänden
sei diese an dem Handreich mißbraucht worden. Jedenfalls
bedeute diese Aktion ein fürchterliches Unglück für unser Volk
und er begehre es nicht, daß die Herren im Hause von der
Rechten, nicht einmal die Tatsache des entstandenen Unheils
mit einigen Worten kennzeichneten.

Die Worte des Präsidenten seien nur zu wahr. Man
habe endlich auf Besserung hoffen dürfen. Welche Volksschicksal,
auch die Arbeiterklasse, die im Vorjahr noch vielfach von den
Folgen des Krieges erfüllt waren, seien von verfehlten Wan-
scheln und Hoffnungen mehr und mehr zur Erkenntnis der
Wirklichkeit und der Notwendigkeiten der Zeit gekommen,
wäher sich ihnen immer mehr an und versprochen längere und
intensivere Arbeitsstellung. Das Vertrauen des Auslandes
nach, die Saluta sitzen nicht unerheblich und in der Ausstel-
lungsfrage habe die Reichsregierung die erste Prellschelle in
den Verfall der Gewalttätigen geschlagen. Alle diese günstigen
Aussichten seien nun im Keime wieder zerstört. Das Pro-
gramm der neuen Leute sei ein Sammellurium von Gemein-
plätzen und Nichtstun. Die Durchführung der geplanten
Aufhebung der Zwangswirtschaft würde für Sachsen das Ver-
hungern bedeuten. (Sehr richtig!) Es sei kein Zweifel, daß,
wenn die neuen Leute wirklich an die Spitze des Reiches kämen,
dies nur Wasser auf die Mühlen der schlimmsten Kapitalisten
und Chauvinisten unserer Gegner bringen und ihnen den
Vorwand geben werde, uns jeden Weg einer Veröhnung und
Beseitigung des Gewalttriebens abzulehnen. (Sehr richtig!)
Dem letzten furchtbaren Zustand müsse so schnell wie
möglich ein Ende bereitet werden. Selbst wenn die Berliner
Herren alle Waffen auf ihrer Seite hätten, würden sie doch
immermehr imstande sein, ein Regime von Bestand zu er-
richten gegen den Willen des Volkes und der öffentlichen Mei-

nung. Die erste Folge der Aktion sei die Tatsache einer
Annäherung der verschiedenen sozialistischen Parteien im
Kampfe gegen die Kontingentsolution. Eine weitere Antwort
sei der Ausbruch des Generalstreiks. Er sei an sich Gegner
des Generalstreiks, doch handle es sich hier um eine Volks-
bewegung, um die Grundfesten des Staates wiederherzustellen,
zum Schutze der Demokratie. (Zuruf: Und die fortgesetzt
wird!) Es sei ein Recht des Volkes, gegen die Verbrechen alle
Mittel zu benutzen, die möglich sind. Die deutsche Beamten-
schaft auch die höhere Beamtenchaft, die gewiß nicht mit jeder
Handlung der bisherigen Reichsregierung einverstanden ac-
tion sei, habe — das müsse er als Ehrenkaiser in der Ge-
schichte der Beamtenchaft bescheiden — erkannt, daß die Me-
thoden der Berliner Herren nicht angewandt werden dürfen
und daß sich kein ehrlicher und anständiger Beamter in dem
Dienst eiddrückiger Manipulatoren stellen dürfe. Man sehe
Herrn Kapp in Verlegenheit, überhaupt ein Cabinet zustande
zu bringen. Herr v. Janow, der versucht habe, im Reichs-
ministerium des Innern zu arbeiten, sei von den Beamten
dieses Ministeriums erklärt worden, daß sie sich unter kein
Kommando stellen würden. Nach den letzten Nachrichten
aus Berlin sei man überzeugt, daß die Neubildung Kapp
sich kaum noch irgendwelche Zeit halten könne. Die Reichs-
regierung in Stuttgart lehne es entschieden ab, mit Herrn
Kapp in Ausgleichsverhandlungen einzutreten. Die Ge-
schäftsträger der ausländischen Mächte hätten die Erklärung
abgegeben, nur mit der alten rechtmäßigen Regierung zu ver-
handeln (Bravo!). Mit Befriedigung wolle er feststellen, daß
die sächsische Beamtenchaft, auch die oft zu Unrecht verdäch-
tigten höheren Beamten und Geheimräte, auf dem Boden der
Rechts- und sächsischen Verfassung weiter arbeiten. In Dres-
den habe man einen Gegenstoß zwischen Regierung und Volk
auf der einen und der Reichswehr auf der anderen Seite, wie
er in Berlin ausagere, trat, erfreulichweise nicht erlebt. Man
schloß, sich rückhaltlos hinter die rechtmäßige Regierung zu
stellen.

Der Ministerpräsident beleuchtet nun näher die gegen-
wärtige Lage in Sachsen. Die er noch als außerordentlich
verworren bezeichnete. Er kommt dabei u. a. auf die be-
denklichen Vorgänge in Dresden zu sprechen, wo kost-
bares Menschenblut ohne Grund geflossen sei. An der hohen
Zahl der Opfer sei auch die oberflächliche Schaulust des Pu-
blikums schuld. Es sei unverkennbar, wie manche Ver-
stehenden Augen in ihr Verderben hineintreten. (Zuruf:
Frauen und Kinderwagen!) In Leipzig habe man am Sonn-
abend leider 36 Tote, gestern 10 Tote zu verzeichnen, da-
runter 2 Schweizer. Dabrindeinlich werde ein Regierungs-
mitglied nach Leipzig entsandt werden, um im Verkeh mit
den dortigen Vertretern weiteres Unheil zu verhüten. Er
hoffe, daß es eiligen werde, durch gütliche Aussprache und
vernünftiges Zusammenarbeiten aller Parteien die Verhält-
nisse wieder zu geordneten Bahnen zurückzuführen. Ueber
die Vorfälle am Sonntag und Montag berichtete
er folgendes: Unkontrollierbare Elemente seien am Sonntag
ins Telegraphenamt einströmten. Dies veranlaßte den
Schutz durch die Reichswehr. Da aber vielfach behauptet
wurde, daß deren Erscheinen aufreizend wirke, wurde die
Einwohnerwehr zum Schutze bestellt. Das Gebäude wurde
anbauend von einer großen Volksmenge belagert. Auch die
Einwohnerwehr wurde von manchen Kreisen der Bevölkerung
mit Mißtrauen angesehen, obwohl ein großer Teil Arbeiter
in ihr war. Die Einwohnerwehr konnte sich schließlich gegen
die andrängende Menge nicht mehr behaupten und eine Menge
unberufener Leute konnte ins Gebäude eindringen. In die-
ser Lage hat die Einwohnerwehr die Retirade ergriffen, um
besserenfalls die Reichswehr herbeizulieben. In der Mit-
tagsstunde sind die Herren Witt und Marx ins Telegraphen-
gebäude gegangen und wollten Verabredungen treffen. (Siehe
den Bericht in gest. Nr.) Wir trauern um das verlorene
Menschenblut, wir können aber die Bevölkerung nur auf das
allerdringlichste ersuchen, doch endlich zur Beherrschung zu ge-
langen und sich fernhalten von allen Anlässen in der
heutigen Zeit. Es sei mitgeteilt worden, daß bei den Dres-
dener städtischen Kollegien die Verteidigung der Opfer auf Kosten der
Stadt beantragt werden solle. Er bitte diese Anregung will-
kommen. Wenn Schluß befehlt sich der Ministerpräsident noch
mit den in den letzten Tagen an die Regierung herangetre-
tenen Forderungen und Wünschen. Von den Wehrleistungsarten
sind folgende Punkte formuliert worden: 1. Der Wehrleistungs-
zustand und die Schutzhaft werden aufgehoben. Amnestie für
politische Vergehen wird gewährt. 2. Das Wehrleistungs-
gesetz soll die Volkswirtschaft sofort demobilisieren. Alle Befehle
an die Soldaten für den Freilauf Sachsen werden im Ein-
vernehmen mit der sächsischen Regierung erteilt. Es wird an
diesem Zweck ein Mittel der Regierung bestimmt. 3. Die
Einwohnerwehren werden sofort mit Angehörigen der sozia-
len Parteien mit der sächsischen Regierung erteilt. Es wird zu
ihnen der Schutz der öffentlichen Gebäude anvertraut. In
Dresden sei es nach seiner persönlichen Erfahrung nicht
richtig, die Volkswirtschaft als reaktionäre, volksfeindliche
Truppe anzusehen. Die Regierung glaube, daß auf die Volk-
swirtschaft verzichtet werden könne, wenn die öffentliche
Ruhe und Ordnung durch Reichswehr und Sicherheitspolizei
sicherer sei. An die Aufhebung des Belager-
zustandes habe man nur mit schwerem Herzen.
Es kämen aber Angehörige der Unabhängigen hinzu, denen
er für ihr Eintreten an Seite der beiden anderen demo-
kratischen Parteien danke. Redner schloß mit dem Wunsch, daß
dieses schwarze, trübe Kapitel unserer Geschichte bald vor-
übergeben möge.